

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Egon Bahr MdB, Vorsitzender Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle, zum Scheitern der 2. UN-Sondergeneralversammlung: Im Kampf um die Schuldzuweisung bleibt die Abrüstung auf der Strecke. Seite 1

Gert Weißkirchen MdB setzt sich für problemorientierte Bildungsinvestitionen ein: Zuwendung statt Beton. Seite 3

Klaus Kübler MdB zum Ergebnis der OPEC-Konferenz: Die Ziele nicht erreicht. Seite 4

Karl-Theodor Engelhardt MdB: Bayerns Kultusminister Maier mißbraucht sein Amt. Seite 5

### Dokumentation

Wolf Graf von Baudissin zu Fragen der Kernwaffen und des Atlantischen Bündnisses. Seite 6

37. Jahrgang / 129

12. Juli 1982

UN-Konferenz scheiterte an den Supermächten

-----  
Im Kampf um die Schuldzuweisung bleibt die Abrüstung auf der Strecke

Von Egon Bahr MdB  
Vorsitzender Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses

Die 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen ist bei dem Versuch gescheitert, ein umfassendes Programm zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu formulieren. Es hat sich herausgestellt, daß die Vereinten Nationen nicht in der Lage sind, die Grundsätze, die 1978 formuliert worden sind, zu verbessern und in ein konkretes Aktionsprogramm zu übersetzen.

Die Gründe dafür sind klar: Vor allem ist dafür die Haltung der beiden Supermächte verantwortlich zu machen. Der Bundeskanzler hatte bereits in seiner Rede vor den Vereinten Nationen darauf hingewiesen, daß die Nuklearmächte noch immer nicht die Verpflichtung eingelöst haben, die sie in Artikel 6 des Nichtverbreitungs-Vertrages übernommen haben. Zunehmend wächst die Gefahr, daß angesichts der Unfähigkeit der Nuklear-Staaten zur nuklearen Rüstungsbegrenzung zu kommen, weitere Staaten überlegen könnten, ihre Fähigkeit, Nuklearwaffen zu entwickeln, auch auszunutzen. Die Hauptverantwortlichkeit dafür liegt derzeit bei den Vereinigten Staaten, die unterstützt von Großbritannien abgelehnt haben, sich auf ein vollständiges Verbot von Atomwaffen-Versuchen zu verpflichten. Schon 1957 hat der Deutsche Bundestag sich für ein umfassendes

Test-Stopp-Verbot ausgesprochen. Es gab in diesem Punkt zwischen Koalition und Opposition von damals keinen Meinungsunterschied. Schon damals war klar: Das Arsenal atomarer Abschreckungswaffen reicht aus. Seither haben die Atommächte immer neue Entschuldigungen erfunden, die Weltmeinung zu ignorieren und versucht, ihr Arsenal durch immer kleinere Sprenggewichte im Kilo-Tonnen-Bereich zu verfeinern. Die Miniaturisierung der Atomwaffen zu Gefechtsfeldwaffen, die Möglichkeit, einen Atomkrieg begrenzt zu führen, liegt in Wirklichkeit hinter der praktischen Weigerung, Atomversuche einzustellen.

Praktisch machen die Großen, was sie für richtig halten. Im Kampf um die Schuldzuweisung bleibt die Abrüstung auf der Strecke, und die Gefahren wachsen. In dieser Situation darf sich niemand wundern, wenn die Völker zu dem Ergebnis kommen, daß der Druck aus der Bevölkerung wachsen muß, um eine Entwicklung zu stoppen, die die Regierungen aus eigener Kraft offenbar nicht stoppen können.

Die Vorschläge des Bundeskanzlers, im nächsten Frühjahr ein internationales Seminar zu Vertrauensbildenden Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland abzuhalten und unsere Erfahrungen zu einer wirksamen Kontrolle gegen chemische Waffenproduktion kann auf zwei wichtigen Gebieten weiterführen.

Aber es ist offensichtlich, daß wirkliche Fortschritte nicht auf der Ebene der Vereinten Nationen, sondern in den Regierungsverhandlungen erreicht werden müssen, die zwischen Ost und West laufen. Auf sie muß alle Energie konzentriert werden.

(-/12.7.1982/ks/oa)

+ + +



Zuwendung statt Beton  
-----

Jugend hat Anrecht auf problemorientierte Bildungs-Investitionen

Von Gert Weißkirchen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Mit einem lachenden und weinenden Auge können die sozialdemokratischen Bildungspolitiker die Eckwerte des Bundeshaushaltes 1983 betrachten. Erkauft wurde die Solidität des finanziellen Bundesrahmens für das nächste Jahr, in erster Linie durch die stärkere Belastung von Kranken und Rentnern. Das betrübt uns. Die Gewißheit, daß die Konservativen mehr soziale Schmerzen verursacht hätten, könnten sie den Haushalt 1983 allein bestimmen - ist uns Trost - wenn auch ein schwacher. Das lachende Auge freut, daß solche zentralen Ausgabenblöcke gesteigert werden konnten, die die lernende und arbeitende Jugend unterstützt:

- Die Mittel für die berufliche Bildung, besonders für den Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten, das Benachteiligten-Programm und den Bau von Berufsschulen (ZIP) wurden von 240 Millionen DM in 1982 auf 377 Millionen DM in 1983 aufgestockt;
- eine Milliarde DM erreicht nunmehr die Summe für den Hochschulbau;
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird nach dem Auslaufen des Graduiertenförderungsgesetzes verbindlich weitergeführt.

Nach den Beschlüssen des Bundes sind die Länder in der Pflicht. Wir werden darauf achten, daß sie nicht aus dieser Pflicht davonlaufen. Wir erwarten, daß die zusätzlichen Anstrengungen des Bundes zur Bekämpfung des Mangels an Ausbildungsplätzen, der beruflichen Bildung und an den Hochschulen von den Ländern mit Nachdruck unterstützt werden. Das entscheidende ist dabei, daß die Ausgaben konzentriert werden müssen auf sofort wirksame Maßnahmen im Personalbereich und in der notwendigen Ergänzung der sachlichen Infrastruktur. Im Blick auf die geburtenstarken Jahrgänge muß der Grundsatz gelten: Zuwendung statt Beton. Unsere Jugend hat einen Anspruch darauf, daß jede öffentliche Bildungsinvestition auf die Lösung ihrer Probleme gerichtet ist. Die bildungspolitischen Eckwerte des Bundeshaushaltes 1983 sind darauf eine brauchbare Antwort.

(-/12.7.1982/ks/ca)

+ + +



**Die Ziele nicht erreicht**  
-----

Nach der OPEC-Konferenz ist Erdöl nicht mehr der alte politische Faktor

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Die Konferenz erdölexportierender Länder (OPEC) ist am Wochenende in Wien ohne Ergebnis auseinandergegangen. Die beiden Ziele der Konferenz, die im März dieses Jahres formal vereinbarten Begrenzung der Fördermenge auch tatsächlich in den Mitgliedsländern durchzusetzen und damit den vereinbarten Richtpreis von 34 Dollar pro Barrel stabilisierend zu gewährleisten, sind nicht erreicht worden. Und es sieht nicht so aus, daß diese Ziele überhaupt noch erreichbar sein werden.

Im Gegenteil, die einzelnen, jetzt noch zur OPEC gehörenden Länder werden in Zukunft wesentlich stärker eine eher national geprägte, aus der nationalen politischen und wirtschaftlichen Situation begründete Ölförderungs- und Ölexportpolitik betreiben. Dies mußte fast zwangsläufig aus im wesentlichen drei Gründen über kurz oder lang kommen. Dazu hat zum einen die starke und engagierte Reaktion der großen Industrieländer, die unter dem sachlich etwas oberflächlichen, aber politisch sehr wirksamen Energie-Slogan "weg vom Öl" lief, geführt. Mit der neuen energiepolitischen Linie fast aller Industrieländer, nämlich der Diversifikation der Primärenergieträger, sprich: der Absicherung der Energieversorgung durch den Einsatz möglichst vieler Energieträger, war die entscheidende politische Wende gegen das Ölmonopol der OPEC eingeleitet worden. Mit dieser relativ raschen Diversifikationspolitik einerseits und dem nicht erwarteten Ölsparen andererseits hatten die OPEC-Länder nicht gerechnet.

Der zweite wesentliche Grund ist die außerordentlich unterschiedliche politische innere Struktur und die politischen äußeren Rahmenbedingungen der OPEC-Länder. Man braucht dazu nur einen Blick auf die Geographie der OPEC-Länder zu werfen. Damit in engem Zusammenhang stehen auch die ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen.

Und schließlich ist als dritter wesentlicher Grund für den Zerfall der OPEC der maßgebliche Eintritt europäischer Länder (Großbritannien, Norwegen) mit eigener Ölförderung auf den Märkten anzusehen.

Das OPEC-Kartell hatte kurzfristig und so lange eine Chance, wie die voll auf vermeintlich unbegrenzte und billige Erdölimporte eingestellten Volkswirtschaften der Industrieländer auf Grund dieser Politik vom Erdöl fast völlig und einseitig abhängig waren. Diese Zeit ist vorbei. Das Erdöl ist eine, wenn auch nach wie vor sehr wichtige Energiequelle. Damit ist aber auch das Erdölmonopol vorbei. Dies aber war die Basis für eine funktionierende OPEC.

Die Industrieländer, aber auch die Entwicklungsländer, sind politisch einen Schritt weiter gekommen. Erdöl ist nicht mehr in dem Maße ein politischer Faktor wie bisher. Erdöl ist wieder und hoffentlich in erster Linie ein wirtschaftliches Gut geworden. Wir können alle, auch in friedenspolitischer Hinsicht, davon profitieren.

(-/12.7.1982/ks/ca)

+ + +



Maier mißbraucht sein Amt  
-----

Bayerns Kultusminister zitiert Lehrer in seinem Wahlkreis

Von Karl-Theodor Engelhardt MdB

Eine Überraschende "Ehre" wurde den Lehrern der Hauptschulen im Schulamtsbezirk Günzburg zuteil: Der Kultusminister höchstpersönlich bat sie zu einer Dienstbesprechung. Zur Teilnahme an der Veranstaltung, die vor nun fast 14 Tagen in Ichenhausen, Kreis Günzburg, in der Schulturnhalle stattfand, waren sämtliche Hauptschullehrer verpflichtet. Der Minister geruhte, seine schulpolitischen Vorstellungen zu erläutern und speziell die von Lehrerverbänden und der Landtagsopposition heftig kritisierte neue Stundentafel zu verteidigen.

Daß der Kultusminister das Bedürfnis hatte, ausgerechnet im Bezirk Günzburg die Lehrer zu belehren, lag wohl kaum daran, daß die dortigen Pädagogen besonderer Nachhilfe bedurften. Es gibt einen plausibleren Grund: Der Minister ist zufällig CSU-Abgeordneter des Stimmkreises Günzburg und möchte dort demnächst wiedergewählt werden.

Ich habe den Verdacht, daß der Minister in Ichenhausen nichts anderes veranstaltete als einen amtlich verbrämten Wahlkampfauftritt. Natürlich steht es dem Minister frei, die Lehrer zu einer Wahlkampfveranstaltung einzuladen. Wenn er sie aber zur Teilnahme verpflichtet und das Ganze als Dienstbesprechung deklariert, stellt dies einen Mißbrauch des Ministeramtes für Wahlkampzzwecke dar.

Es müßte denn sein, Minister Maier führte solche Veranstaltungen auch in allen anderen oder wenigstens quer übers Land in ausgewählten Schulamtsbezirken durch. Davon ist freilich nichts bekannt - kein Wunder, Maier will schließlich nicht in Unterfranken oder Ostbayern wiedergewählt werden.

Minister Maier soll nun Gelegenheit gegeben werden, den Landtag über den Umfang seiner Dienstbesprechungen mit bayerischen Hauptschullehrern zu informieren. In einer schriftlichen Anfrage habe ich mich erkundigt, wann und wo der Kultusminister in der letzten und in der laufenden Legislaturperiode höchstpersönlich Dienstbesprechungen mit Hauptschullehrern veranstaltet hat. Außerdem möchte ich wissen, ob es die Staatsregierung für angemessen hält, daß der Kultusminister vor Landtagswahlen ausgerechnet in seinem Stimmkreis Dienstbesprechungen veranstaltet.

Die Maier-Methode ist ausbaufähig. Vielleicht kommt demnächst Finanzminister Streibl auf die Idee, die oberbayerischen Finanzbeamten zu einer Dienstbesprechung nach Garmisch zu beordern. Oder Justizminister Hillermeier zitiert die Nürnberger Justizbeamten zu einem Vortragsabend (natürlich nicht über die Nürnberger Massenverhaftungen, sondern über das Thema "Wie die Staatsregierung die Bürger vor Verfassungsfeinden schützt"). Oder Innenminister Tandler lädt die Münchner Polizeibeamten zu einem Lehrgang (natürlich nicht über die Aufgaben des Staatsschutzes und die Tätigkeit des obersten Staatsschützers Langemann, sondern über das Thema "Über den Umgang mit Pennern in der Münchner Fußgängerzone und die vorbildlichen Maßnahmen des Kreisverwaltungsreferenten Gauweiler").

(-/12.7.1982/vo-he/oa)

+

+

+



DOKUMENTATION

Der Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Professor Wolf Graf von Baudissin, hat sich jetzt in einer Stellungnahme zu den Vorschlägen von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerhard Smith geäußert. Hier der Wortlaut:

Kernwaffen und das Atlantische Bündnis

Der Beitrag<sup>1</sup> besteht in seiner ausdrücklichen Absicht, eine Diskussion lediglich auszustößen, ohne das Ergebnis durch ein abschließendes Urteil bereits vorwegzunehmen. Er erweist, daß die Autoren in ihrer wissenschaftlichen Arbeit wie in der politischen Praxis ein Augenmaß entwickelten, das sie vor Entweder-Oder-Vorschlägen und Besserwiserei à tot prix bewahrt. Ihre Gedanken verdienen es, sich mit ihnen ernsthaft auseinanderzusetzen. Schade ist nur, das in der deutschen Übersetzung, begrifflich unscharf, Erstschatz und Ersteinsatz nebeneinanderstehen, womit die Vorstellungen der Verfasser unklar bleiben. Man kommt nicht dahinter, ob sie sich auch gegen den politisch bestimmten selektiven, zunächst nicht zur nuklearen Reaktion reizenden Einsatz derartiger Waffen oder aber gegen die Entpolitisierung und Konventionalisierung wenden, die bei bündelweiser Freigabe eintritt.

Es fällt nicht schwer, der Einsicht zuzustimmen, daß es keinen Sinn mehr hat, Kernwaffen "für irgendeinen anderen Zweck bereitzuhalten als für die Verhinderung ihres Einsatzes". Dissens herrscht eigentlich nur darüber, ob man sie für diesen Zweck überhaupt beziehungsweise - wenn ja - wie und wo, in welcher Zahl und Qualität bereithalten sollte, insbesondere falls man mit ihnen auch den Einsatz nicht-nuklearer Waffen so unwahrscheinlich wie möglich machen möchte. Und hier liegt das Kernproblem des Vorschlages.

Die Autoren gehen davon aus, daß die bisher für die abschreckende Wirkung des westlichen Bündnisses als unerläßlich erachtete Bereitschaft, ja Verpflichtung der USA, schlimmstenfalls auch taktische Kernwaffen zum Ersteinsatz freizugeben, militärisch wie politisch kontraproduktiv geworden sei. Die Drohung, einer übermächtigen und erfolgreichen Aggression notfalls auch nuklear - in welcher Form und Intensität auch immer - entgegenzutreten, beginne, den Zusammenhalt im Bündnis und die Sicherheit der Welt zu gefährden; die Planung eines Ersteinsatzes mache also die Bündnisabschreckung weniger glaubhaft und weniger glaubwürdig.

Begründet wird die These vor allem durch den Hinweis auf die Fragwürdigkeit aller Hoffnungen, die Eskalation eines Krieges wirksam steuern zu können. Wäre erst einmal die nukleare Schwelle überschritten, stünde die "weltweite Katastrophe eines allgemeinen Atomkrieges" bevor. Gegen diese Kriegsform weitestmöglich abzuschotten, sei eine Notwendigkeit. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als neben die wohl in erster Linie ideologisch und psychologisch motivierten Thesen von der Begrenzbarkeit und Gewinnbarkeit aller Kriegsformen, die man seit Jahrzehnten in der sowjetischen Literatur findet, nun auch westliche Verfechter getreten sind, die wahrscheinlich aus technischer Faszination ähnliche Möglichkeiten sehen beziehungsweise vorbereiten möchten. Die fast unfehlbare Treffgenauigkeit bestimmter Trägersysteme läßt es möglich erscheinen, militärisch entscheidende Ziele mit einem Minimum an Nebenschäden zu bekämpfen und - folglich - auch nur begrenzte Reaktionen oder Aktionen herauszufordern.

Der Leser sieht sich hier, wie so oft, dem Dilemma gegenüber, auf dem jede Abschreckungsstrategie beruht. Gerade die Erkenntnis von der höchstwahrscheinlich sehr bedingten politischen Kontrollierbarkeit jedes Krieges auf unserem Kontinent sollte der Versuchung entgegenstehen, irgendwo in oder auf Europa einen ersten - konventionellen oder gar

1) Mc George Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, in: Europa Archiv 7/1982 beziehungsweise Foreign Affairs, Spring 1982 (hat leider nicht vorgelegen).



nuklearen - Schuß auszulösen. Ob diese Abschreckung ebenso glaubwürdig und wirksam bleiben würde, wenn dem Aggressor eine allein konventionelle Verteidigung droht, kann allerdings bezweifelt werden. Die Wahrscheinlichkeit, diese Art von Krieg geostrategisch begrenzen zu können, also Westeuropa von den Vereinigten Staaten politisch abzukoppeln, und die Sowjetunion selbst aus dem unmittelbaren Kriegsgeschehen herauszuhalten, dürfte unter gewissen Umständen größer erscheinen.

Auf keinen Fall darf vergessen werden, daß die zerstörerische Wirkung heutiger Systeme im Verein mit der Verwundbarkeit der Industriegesellschaften jedem Einsatz von Waffen, insbesondere von Kernwaffen und vor allem im Ersteinsatz politischen und nicht nur taktischen Charakter verleiht. Wenn Kriege nicht mehr zu gewinnen sind, werden taktische Erfolge zweitrangig; erreichen sie strategische Qualität, zerstören sie die Möglichkeiten, den Wahnsinn grenzenloser Zerstörung kooperativ aufzuhalten. Wenn überhaupt, kann nur gegenseitige Abschreckung, die als ultima ratio über Kernwaffen verfügt, ein Minimum an Eskalationskontrolle bieten. Keine Seite kann dann siegen noch allein besiegt werden; jeder hat also Spielraum zu warten, ehe er zum Äußersten greift.

In der Logik der Grundthese des Beitrages liegt der Vorschlag, in und für Mitteleuropa so starke konventionelle Kräfte bereitzuhalten, daß Erst-Einsatz-Planungen und die Bereitstellung entsprechender Mittel überflüssig werden. Das verlange allerdings eine "Verbesserung" auch "des speziell amerikanischen Beitrages zu den konventionellen Streitkräften", ein Umdenken der verbündeten Regierungen und ihre Bereitschaft, unter Umständen höhere Verteidigungsausgaben in Kauf zu nehmen, sowie eine Änderung der militärischen Strukturen, der Bewaffnung und der Taktik. Es werden daher auch keine "Parforce-Programme" empfohlen, "die immer besonders hohe Kosten verursachen"; es wird nur zu einem neuen Denkprozeß aufgerufen.

Für den Verzicht auf den Ersteinsatz werden militärische und vor allem politische Gründe angeführt, die nicht alle überzeugen, jedenfalls auch zu anderen Schlüssen führen können. Ich kann hier nur auf die mir wesentlich erscheinenden Argumente eingehen.

Militärisch warnen die Autoren vor der Tendenz, die Fähigkeit zur "Eskalationsbeherrschung" weiter auszubauen, das heißt zu versuchen, jeder denkbaren Art von Nuklearkrieg gewachsen zu sein. Dem ist ebenso zuzustimmen wie dem empfohlenen Verzicht auf Einführung von Neutronenwaffen, deren Wirkung mir im Blick auf Rüstungssteuerung besonders nachteilig erscheint. Es fragt sich nur, ob beide Punkte unmittelbar mit dem Ersteinsatz zusammenhängen.

Nicht zu folgen vermag ich der Erwartung, daß der Verzicht auf Ersteinsatz der in Westeuropa verbreiteten Sorge vor einem bewußt begrenzten Nuklearkrieg entgegenwirken werde. Diese Zurücknahme kann im Gegenteil die gaullistische These wiederbeleben, daß Washington sich vom Krieg in Europa abkoppeln wolle, jedenfalls nicht die eigene Existenz für die der Verbündeten riskieren werde.

Politisch erwarten die Autoren von dem Widerruf eine erleichterte Konsensbildung in militärstrategischen Fragen, eine Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und vor allem eine Schwächung der Rüstungsdynamik auf beiden Seiten.

Ich meine, daß eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Erfordernisse der geltenden Flexible Response hier weiter führen würde. Recht verständliche Anstrengungen, den Einsatz von Kernwaffen politisch bis in die Einzelheiten zu steuern und die Schäden im Kriegsfall möglichst zu begrenzen, haben zu Waffenentwicklungen geführt beziehungsweise sie legitimiert, die wiederum zu destabilisieren drohen. Der Verzicht hilft hier jedoch nicht weiter; das Verhältnis zur Gegenseite dürfte er jedenfalls nicht wesentlich verbessern. Derartige Deklarationen können bestenfalls Vertrauen bestätigen, aber nicht schaffen. Positiv wirken sie erst, wenn das Vertrauen in die Vertragstreue und Friedlichkeit der anderen Seite unerschütterlich geworden ist. Das zeigt die lange Reihe der Gewaltverzichte von der UNO-Charta bis zum Schlußdokument von Helsinki. Sie konnte die Bedrohtheitsgefühle in keiner Weise besänftigen. Auch sollte man nicht vergessen, daß



die eigentliche Bedrohung für die Sowjetunion nicht aus Westeuropa, sondern aus anderen Himmelsrichtungen kommt.

Bei weitgehender Übereinstimmung mit der Diagnose kann ich der Therapie nicht ganz folgen. Das mag nicht zuletzt an meiner Staatsangehörigkeit liegen. Von der Bundesrepublik aus, mit deren sicherheitspolitischen Problemen sich die Autoren äußerst fair befassen, sieht eben manches etwas anders aus, wenn ich auch die Sonderheit der "dreifach exponierten Situation" nur bedingt anerkennen kann.

Wir sind nicht die einzigen Anlieger des Sowjetimperiums und würden nicht allein das "erste Schlachtfeld". In Mitteleuropa würde selbst ein begrenzter "nur" konventionell geführter Krieg in erschreckend kurzer Zeit die Existenzgrundlagen zerstören. Den Pluralismus der Interessen halte ich übrigens für eine Stärke, nicht etwa für die Schwäche des Bündnisses.

Mir scheint es dringend, im Rahmen der NATO nicht die geltenden Strategien, die sich generell bewährt haben und über deren Nachfolger aller Erfahrung nach kein Konsens zu erreichen wäre, sondern ihre Instrumente kritisch zu überdenken. Hierbei wäre zur Erhaltung der Glaubwürdigkeit wie der Glaubhaftigkeit gegenseitiger Abschreckung

- die taktische Verteidigung mit neuen konventionellen Waffen zu stärken, ohne dabei in vornukleare Konzepte strategischer Verteidigung mit erhöhten Personalstärken, geographischer Tiefe, Bevölkerungsschutz und Vorbereitung einer Kriegswirtschaft zurückzufallen; die "general purpose"-Komponente sollte voll konventionalisiert werden.
- Die taktisch-nukleare Komponente drastisch abzubauen. Sie kann nicht der Stärkung der taktischen Verteidigung, also der Kriegsführung dienen und sollte lediglich politisch einsetzbar sein als ein vorletztes Mittel des Krisenmanagements. Für diesen Zweck sind nur Systeme vonnöten, mit denen die NATO-Regierungen ihre elementare Besorgnis über die Bedrohung, ihre Solidarität mit dem beziehungsweise den Angegriffenen und ihre Entschlossenheit zur aufgezwungenen Eskalation demonstrieren. Die Verringerung der Systemarten, der Zahl von Trägern und Gefechtsköpfen, und damit der Depots und Stellungen erleichtern die Kontrolle und mindern die Angst vor Kollateralschäden. Dieses wäre im Sinne der Autoren zumindest "eine annehmbare Zwischenstufe vor der Politik des Verzichts auf Ersteinsatz".
- Die Kosten/Nutzen-Rechnung für die Weiterentwicklung der britischen und französischen Nuklearstreitkräfte aufzumachen beziehungsweise der Unterhaltung aller drei Teilstreitkräfte durch die anderen Mittel- und Kleinstaaten. Im Zeitalter schwindender Souveränität "untermauern" diese nicht mehr "einen Rest nationaler Eigenständigkeit", sondern kultivieren Illusionen, die rationales Krisenmanagement erschweren. Arbeitsteilung in dieser Hinsicht würde im Zweifelsfall die politische wie militärische Gesamteffizienz erhöhen.
- Die nuklear-strategischen Systeme auf eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit zuzuschneiden.

Zur Erhaltung und Verbesserung der strategischen Stabilität empfiehlt es sich, die Rüstungssteuerung mehr und mehr präventiv, das heißt bei den Rüstungsprogrammen ansetzen zu lassen und kooperativ auf die Einführung von Technologien zu verzichten, die zum "Nachrüsten" anreizen und bedrohliche Optionen eröffnen.

Der entscheidende Beitrag zur Glaubhaftigkeit des Bündnisses wäre für weite Kreise der westeuropäischen Bevölkerung die konsequente Wiederaufnahme einer Friedenspolitik im Sinne des Harmel-Plans. Erst sie rechtfertigt die außerordentlichen Anstrengungen für die äußere Sicherheit; erst sie zeigt, daß die NATO auch positiven und zukunftsweisenden Zwecken dient. Da die westlichen Gesellschaften in wissenschaftlichen Erkenntnissen, technologischen Know-how, Management und Leistungswillen den östlichen weithin überlegen sind, lassen sich Risiken auf dem Gebiet der Zusammenarbeit rechtfertigen. Hier sind, im Gegensatz zu kooperativer Rüstungssteuerung, einseitige Vorleistungen durchaus zu empfehlen, vorausgesetzt, daß sie auf beiden Seiten das positive Interesse an der Stabilität und Effizienz der Gegenseite entwickeln helfen. (-/ 12.7.1982/ks/ca)

+ + +

